Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 50 M.

erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags „Witzblatt „Ulk", Sonnabends „Haus Hof Garten". Man abonniert bei all. Postanstalt. Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, d. Tschechoslowakisch. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. **Bezugspreis:** Monatlich M. 1100.— einschließlich Zustellung, Ausland ausschließlich Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. **Insertionspreis:** Die 12gespaltene Zeile M. 500.—, Familien-Anzeigen M. 175.—, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhaus. Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 528 (Ausgabe für Berlin)

Mittwoch, 20. Dezember 1922
51. Jahrgang

Zwischen Paris und Washington.

Aufatmen in Paris.

Morgen neue Erklärungen Poincarés.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 19. Dezember.

Nach dem Lärm der letzten Tage ist heute abend der Ton der Presse ruhiger geworden. Die Zeitungen erklären mit einem vernehmlichen Seufzer der Erleichterung, die Regierung der Vereinigten Staaten wolle dem Deutschen Reiche keine Anleihe gewähren, sondern nur über die Mittel zur Regelung der Reparationsfrage nachdenken; diese Interpretation ist zwar etwas lückenhaft, denn von einer Anleihe der amerikanischen Regierung ist niemals die Rede gewesen, aber die französische Presse ist mit ihr zufrieden. Für Deutschland ist es besser, wenn vorläufig von Amerika so wenig wie möglich gesprochen wird. Herr Poincaré wird wohl ungefähr im Bilde sein; also warten wir ruhig ab. Der „Temps", der drei Tage lang um sich schlug wie ein wilder Kriegsknecht, wird heute wieder akademisch und untersucht in gemäßigtem Tone, ob die deutsche Mark mit Hilfe der Kohlenproduktion stabilisiert werden könne. Der Gedanke ist durch die Kohlenanleihe der badischen Regierung angeregt; aber dieses „zu gleicher Zeit scharfsinnige und unvollständige Experiment" soll weiter ausgebaut werden. In einem zweiten Artikel wird gezeigt, auf welche Weise die deutsche Kohlenproduktion „zu einem gesicherten finanziellen Handwerkszeug werden kann." Wir sind gespannt. Ueber Ruhr und Rheinland wird gleichfalls nicht gesprochen, wenigstens nicht in den Zeitungen. In den Wandelgängen der Kammer soll nach der Erzählung kundiger Parlamentarier an Poincaré scharfe Kritik geübt werden, weil er den einen zu scharf, den anderen zu schwach erscheint. Dennoch glaubt man, daß Tardieu — wenn er es überhaupt sein wird und nicht ein ganz anderer — sich mindestens noch bis in den Januar hinein gedulden muß. Die Rede des Deputierten Forgeot ist bei weitem das klügste Programm der Reparation und wird viel besprochen. Aber der Gedanke, das Rheinland vor dem Ablauf der Frist zu räumen, findet vorläufig noch keine Anhänger. Am Donnerstag wird Poincaré im Senat noch einmal über London sprechen. Man hofft auf einige ergänzende Erklärungen.

Amerika gegen jede Gewaltanwendung.

Paris, 19. Dezember. (W. T. B.)

Der „Newyork Herald" erfährt aus Washington, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich inoffizielle Verhandlungen in der Reparationsfrage im Gange seien. Die Vereinigten Staaten hofften Frankreichs Zustimmung zur Bildung einer Finanzkommission zu finden, in der die durch den Versailler Vertrag nicht gebundenen Länder vertreten wären, und die Deutschlands Reparationsfähigkeit bestimmen sollten. Diese Tatsache bleibe übrig von den Gerüchten über eine Anleihe für Deutschland. Frankreich habe die inoffizielle Frage gestellt, welche Sicherheiten gegebenenfalls über die zurzeit bestehenden hinaus vorhanden seien, daß Deutschland bezahlen würde, wenn die Kommission einen gemäßigten und erträglichen Reparationsbetrag festsetze. Das Blatt erklärt, daß Einzelheiten der französisch-amerikanischen Verhandlungen jetzt noch nicht mitgeteilt werden könnten. Die Vereinigten Staaten hätten aber versichert, sie könnten aus traditionellen Gründen keiner Gewaltanwendung zur Erzwingung von Zahlungen zustimmen. Das Blatt bestätigt, daß bei Morgan und Root wegen des Eintritts in die geplante Kommission sondiert worden ist. Der anfänglich genannte Anleihebetrag von 1½ Milliarden Dollars stelle nur einen Ausgangspunkt der Diskussion dar. Auf alle Fälle wolle Amerika Geld nur gegen ausgezeichnete Sicherheiten geben. In Bankkreisen schätze man jedoch die alliierte Hypothek auf Grund des Versailler Vertrages auf 30 Milliarden Dollars, so daß die Freigabe des für die amerikanische Anleihe erforderlichen Sicherheitsbetrages seitens der Reparationskommission keine unüberwindliche Schwierigkeiten bilde. In Washington nehme man an, daß auch Frankreich keine ernstlichen Einwendungen mehr gegen die teilweise Freigabe der auf Deutschland ruhenden Hypothek erheben werde, wenn es die Gewißheit erhalte, daß es unmittelbare Vorteile davon hätte (?). Der Berichterstatter hält es für wahrscheinlich, daß offizielle Mitteilungen über die Verhandlungen erst nach der bevorstehenden Pariser Konferenz erfolgen werden.

Erneute Krise der Lausanner Konferenz.

Ein Ultimatum der Alliierten? — Tschitscherin gegen den Völkerbund.

Lausanne, 19. Dezember. (W. T. B.)

Die heutige Sitzung über die Meerengenfrage wird in Konferenzkreisen auf das lebhafteste kommentiert. Man stellt fest, daß das russische Projekt glatt abgelehnt wurde und nicht mehr zur Debatte steht. Außerdem will man in den Erklärungen Lord Curzons an die Türken eine Art Ultimatum sehen, da er weitere Vorschläge ablehnte, kategorisch forderte, daß man keine Zeit mehr verlieren dürfe, und die auf morgen einberufene Meerengensitzung als die letzte bezeichnete. Eine Bestätigung für die Auffassung, daß die Alliierten ihre Haltung in der Meerengenfrage festgelegt haben, will man darin erblicken, daß die englischen Marine- und Militärsachverständigen nach London zurückgekehrt sind und infolgedessen die Engländer keine Aenderung des Projektes mehr ins Auge fassen. Die türkischen Kreise bewahren diesen Komentaren gegenüber große Zurückhaltung, äußern sich aber dahin, daß sie die Haltung der Alliierten nicht als Ultimatum auffassen wollen, sondern sich das Recht zur Diskussion wahren wollen. In russischen Kreisen sieht man die Lage sehr pessimistisch an. Man erklärt dort, daß die Verbündeten absichtlich die Russen von den Verhandlungen ausgeschaltet haben, um damit die Möglichkeit einer Verständigung und eines Kompromißvertrages zu beseitigen. Unter diesen Umständen könne Rußland einen Vertrag über die Meerengen nicht unterzeichnen. Ferner mache man auf das brutale Vorgehen der Alliierten aufmerksam, die ihre Methoden auf den früheren Friedenskonferenzen in Lausanne wiederholten, indem sie, statt auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhandeln, weiter auf dem Wege der Ultimaten operieren. In russischen Kreisen könne man, so sagt man, nicht glauben, daß derartige Methoden den Frieden im nahen Orient sichern werden. Man hält allgemein die für morgen anberaumte Sitzung für die entscheidende in der Meerengenfrage.

Ueber die Erklärungen, die Tschitscherin in der heutigen Debatte über die Meerengenfrage abgab, erfährt man: Er wies zunächst darauf hin, daß das alliierte Projekt dem türkischen Volke die Souveränität aus der Hand nehme und in den Meerengen eine antirussische Festung aufrichte, und daß die Meerengenkommission sich größtenteils aus Mächten zusammensetze, die bisher ihre Beziehungen zu Rußland noch nicht wiederhergestellt hätten und noch kürzlich eine antirussische Koalition bildeten. Besonders lebhaft müsse Rußland eine Garantie der Sicherheit der Meerengen durch den Völkerbund ablehnen. Hierzu erklärte Tschitscherin wörtlich: „Rußland, die Ukraine und Georgien haben den Völkerbund nicht anerkannt und werden ihn nicht anerkennen, da seine Verfassung völlig unannehmbar ist. Rußland, die Ukraine, Georgien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland und andere Staaten gehören dem Völkerbunde nicht an. Er ist in Wahrheit nur ein Bund gewisser Mächte. Es ist daher vollständig unannehmbar, wenn man ihm irgendwelche Aufgaben für die Meerengen anvertraut." Tschitscherin fügte hinzu, daß infolge des langwierigen Völkerbundsverfahrens diese Garantie überhaupt illusorisch sei, da der Staat, der sich gegen die Sicherheit der Meerengen vergehen würde, niemals friedlich das Ende der Beratungen des Völkerbundes abwarten würde. „Diese Klausel", erklärte Tschitscherin, „würde nur eine Täuschung bedeuten, und selbst wenn der Völkerbund handeln wollte, so haben wir Beispiele seiner Art zu handeln, genug vor Augen. Der Völkerbund hat Litauen nicht geschützt; er ist angesichts des Handstreiches des Generals Zeligowski in Wilna ohnmächtig geblieben. **Seine Ohnmacht ist sprichwörtlich geworden."** Gegen eine internationale Kommission mit anderen Befugnissen und einer anderen Organisation habe Rußland nichts einzuwenden, sondern in seinem Gegenprojekt sogar eine solche Kommission mit rein technischen Aufgaben vorgeschlagen. In dieser **müsse aber Deutschland vertreten sein, dessen Handelsinteressen in den Meerengen sehr bedeutend seien.** Das alliierte Projekt sei dagegen eine Vergewaltigung der Sicherheit Rußlands, der Unabhängigkeit der Türkei und der Interessen des wahren Friedens.

Das Attentat in Sofia.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 19. Dezember.

Ueber das Attentat gegen den bulgarischen Innenminister Daskalow meldet die „Politika": Die Sachverständigen haben festgestellt, daß die geworfene Bombe desselben Systems war, dessen sich die mazedonischen Komitadschis bedienen. Das Attentat blieb ohne Erfolg nur deswegen, weil die Bombe, die in der Richtung des Autofensters geworfen war, um Daskalow zu treffen, zufällig an die Holzteile des Fensters stieß, von dort abprallte und zuletzt aufs Straßenpflaster fiel, wo sie explodierte. Außerdem war die Bombe zu früh geworfen; sie explodierte erst, als das Ministerauto schon vor dem Gebäude des Heiligen Synod, also 300 Meter weit von der Explosionsstelle ankam, so daß der Minister nichts sah. Er hörte hinter sich nur eine starke Explosion. Erst zu Hause angekommen, wurde er über den Attentatsversuch in Kenntnis gesetzt. Regierungskreise behaupten, das Attentat sei vom revolutionären Komitee vorbereitet worden. Mehrere Persönlichkeiten, die diesem Komitee nahestehen, wurden verhaftet. Man erwartet die Proklamierung des Ausnahmezustandes für den ganzen Kreis von Sofia. Die Stadt Sofia setzte 100 000 Lei als Belohnung für die Ermittelung des Täters aus.

Amerika und wir.

Von
Oberbürgermeister **Dr. Külz,**
Mitglied des Reichstags.

[Nachdruck verboten.]

Als der hinter uns liegende Krieg in seinen entscheidenden Abschnitt eintrat, richteten sich mit bangender und hoffender Sehnsucht die Blicke unserer Feinde nach Amerika als der rettenden Macht. Amerika kam und gab den Ausschlag zugunsten unserer Gegner. Als der Krieg mit amerikanischer Hilfe für uns verloren war, suchten dann wir unsere letzte Hoffnung bei Wilson; mit welchem Erfolge, darüber wird in der Geschichte nie ein Zweifel bestehen. Jetzt kämpfen wir den entscheidenden Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz. Die Dinge ähneln in verhängnisvollster Weise der Endkrisis des Krieges. Damals haben wir uns zu Tode gesiegt, jetzt laufen wir Gefahr, uns in Papiermark zu Tode zu verdienen. Wie der Krieg für unsere Gegner nur durch Amerika gewonnen werden konnte, so kann nach der Auffassung vieler der Friede nur mit Hilfe Amerikas gewonnen werden.

Bei unserer düsteren wirtschaftlichen Lage ist die Gefahr groß, daß eine auch nur am fernsten Horizonte aufsteigende leise Hoffnung optimistische Gemüter zu übertriebenen Erwartungen verführt und den Blick für die realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten trübt. Die Tatsache, daß sich Amerika in jüngster Zeit mit der Frage der Reparationen amtlich befaßt hat, ist gewiß eine beachtliche Erscheinung, ob sie aber für uns und für Europa eine befreiende und entwirrende Wirkung haben wird, steht vollkommen dahin; und es ist deswegen nützlich und notwendig, die psychologischen und wirtschaftlichen Momente nicht aus dem Auge zu verlieren, die für Amerika bei einer etwaigen Aktion bestimmend sein müßten.

Die Neigung, sich mit europäischen Dingen politisch aktiv zu befassen, ist zweifellos auch heute noch in Amerika gering. Der Amerikaner ist im Grunde pazifistisch eingestellt. Die Lage Europas scheint ihm die starke Gefahr erneuter kriegerischer Konflikte in sich zu bergen, und selbst von Deutschland aus scheint ihm eine solche Gefahr nicht unbedingt ausgeschlossen. Noch vor kurzer Zeit äußerte sich Frank Vanderlip ähnlich, obgleich er das instinktive Gefühl hatte, daß die Mehrzahl der Deutschen eine solche Idee verlacht. Die allerletzte Zeit hat nun aber erfreulicherweise in Amerika doch der Ueberzeugung zum Ausdruck verholfen, daß die größte und nächstliegende Gefährdung des Friedens nicht von Deutschland, sondern von Frankreich ausgeht, und daß die im Interesse Amerikas liegende wirtschaftliche Gesundung Europas in der Politik Frankreichs die stärksten Hemmungsmomente findet. Die gegenwärtige Situation der amerikanischen Regierung muß es ihr geboten erscheinen lassen, größere Aktivität als bisher zu entfalten. Bei den letzten Wahlen ist die Mehrheit der an der Regierung teilnehmenden Republikaner durch die Demokraten ungeheuer geschwächt worden, die wirtschaftlichen Erschwernisse der auf Ausfuhr angewiesenen Produktionsgebiete sind bedeutend. Was liegt näher, als unter Ausnutzung der gegenwärtigen Stimmung im eigenen Interesse den Versuch eines aktiven pazifistischen und wirtschaftlichen Eingreifens zu wagen? So verständlich dies ist, so sehr wird doch der Amerikaner dabei immer von vorsichtiger, geschäftsmännischer, kühler Nüchternheit sich leiten lassen, vor allem dann, wenn sein Geldbeutel dabei in Mitleidenschaft gezogen wird. Auf das amerikanische Geld aber werden in Europa märchenhafte Hoffnungen gesetzt.

Tatsächlich ist die finanzielle Entwickelung Amerikas im Kriege und nach dem Kriege märchenhaft zu nennen. Vor dem Kriege hatte Amerika an Europa fünf Milliarden Dollar Schulden. Diese hat es im Kriege abgezahlt, und darüber hinaus hat es nicht nur der europäischen Privatwirtschaft bedeutende Kredite eröffnet, sondern es hat unsern Gegnern 10 Milliarden Dollars an Kriegsdarlehen gewährt und ist von einem Schuldnerstaat zum größten Gläubigerstaat der Welt geworden. An sich wäre Amerika also finanziell durchaus zu einer ausschlaggebenden Hilfsaktion gegenüber dem europäischen Finanzelend in der Lage, aber weder der amerikanische Staat als solcher, noch der amerikanische Privatkapitalist wird hierzu eine besondere Neigung verspüren, wenn es sich für ihn dabei nicht um ein absolut sicheres, gutes und gewinnbringendes Geschäft handelt. Diese rein geschäftliche Einstellung steht zunächst einmal einer befriedigenden Lösung der Schuldverhältnisse unserer ehemaligen Feinde unter einander hinderlich im Wege. Dadurch wird aber bekanntlich auch eine Regelung unserer Schuld erschwert. Ein Frankreich und ein England, die von Amerika eine fühlbare Entlastung hinsichtlich ihrer Schulden erhalten, werden Deutschland gegenüber viel eher zu finanziellen Zugeständnissen geneigt sein, als ohne dies. Die öffentliche Meinung Amerikas ist aber zurzeit noch keineswegs soweit, daß irgendeine amerikanische Regierung unvermittelt und unmittelbar den Vorschlag wagen könnte, die an die kriegführenden Staaten gegebenen Milliarden als einen ins Geschäft gesteckten Betrag abzubuchen und nicht als eine in absehbarer Zeit verzinsliche und tilgbare Anleihe zu behandeln. Raum für eine solche Erwägung würde erst dann gewonnen werden wenn der Amerikaner sieht, daß ein befriedetes Europa für ihn wieder ein wirtschaftlich aus-